Diesen Artikel finden Sie unter: http://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/702718/osnabrucker-in-hildesheim-als-schleuser-vor-gericht
Ausgabe: Neue Osnabrücker Zeitung
Veröffentlicht am: 22.04.2016

„Deal" über das Strafmaß

Osnabrücker in Hildesheim als Schleuser vor Gericht

von Redaktion

Hildesheim. Vor dem Landgericht Hildesheim muss sich derzeit ein 24-jähriger Angeklagter aus Osnabrück verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, führendes Mitglied einer bundesweit aktiven Schleuserbande zu sein.

Dabei bahnt sich ein Deal zwischen Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung an: Der 24-Jährige will alle Vorwürfe der Ermittler einräumen – wenn er im Gegenzug eine Strafe bekommt, die er im offenen Vollzug verbüßen kann. Staatsanwaltschaft und Gericht zeigen sich offen dafür. Offener Vollzug heißt: tagsüber arbeiten, im Gefängnis übernachten und Wochenenden mit seiner Familie verbringen. Im Gespräch ist eine Haftstrafe von dreieinhalb bis vier Jahren.

Schon am ersten Verhandlungstag geht es nur noch um juristische Details des Deals. Unter anderem will der Angeklagte, der derzeit in Haft ist, erreichen, dass er nach Verkündung des Urteils auf freien Fuß kommt und seine Strafe dann aus der Freiheit heraus antreten darf. Bis dahin soll er sich dienstags und freitags bei der örtlichen Polizei melden, seine Familie soll 5000 Euro Kaution hinterlegen.

Mehrfach vorbestraft

In die geplante Strafe ist bereits eine andere Haftstrafe einberechnet: Das Amtsgericht Essen hatte den 24-Jährigen zu eineinhalb Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt, weil er Zigaretten geschmuggelt und Mietwagen unterschlagen haben soll. Gegen das Urteil hat er Berufung

eingelegt. Diese würde er im Fall eines Deals in Hildesheim zurückziehen.

Der Angeklagte hat einen deutschen Pass, gehört aber zu einem weit verzweigten Kurden-Clan, der auch in Hildesheim viele Mitglieder hat, die teilweise massiv mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind – negativer Höhepunkt war der sogenannte Sarstedter Ampelmord. (http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/231361/mann-im-auto-an-der-ampel-erschossen) Entsprechend intensiv sind die Sicherheitskontrollen vor dem Gerichtssaal, ein Dutzend Wachtmeister hat die Justiz abgestellt, jeder Besucher wird durchleuchtet wie am Flughafen.

Lockere Atmosphäre im Gerichtssaal

Doch im Gerichtssaal herrscht eine entspannte Atmosphäre, mitunter scherzen der Vorsitzende Richter und der Angeklagte und sein Osnabrücker Verteidiger Joë Thérond (http://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/646493/polizei-osnabruck-wertet-nach-attacke-massenhaft-daten-aus) sogar. Etwa, als der Richter sich erklären lässt, wie man ein per Whatsapp aus dem Libanon geschicktes Passfoto im Fotogeschäft ausdrucken kann. Oder als er fragt, ob der Angeklagte die vielen Flugtickets wirklich immer in bar bezahlt habe: „Ich kenne nur Reisebüros, bei denen abgebucht wird." Replik des mutmaßlichen Schleusers: „Ich kenne nur Reisebüros, wo man bar bezahlt."

In Reisebüros war der 24-Jährige seit Ende 2014 oft – seit er ein lukratives Geschäftsfeld darin entdeckt hatte, Syrer und Libanesen nach Deutschland zu schmuggeln. Und zwar teilweise mit einem „All-inclusive-Paket", wie es der Richter nennt: Gegen eine Pauschale von 6000 Euro pro Person besorgt er Flugtickets und falsche Visa. Letztere seinen Angaben zufolge meist über einen Tunesier, von dem er angeblich nur einen Spitznamen kennt.

Anklageschrift enthält zwölf Fälle

Insgesamt zwölf Fälle wirft ihm der Staatsanwalt vor. Obendrein soll der Osnabrücker – in der Anklage war von einem Essener die Rede, tatsächlich war er im Vorjahr aus dem Ruhrgebiet nach Osnabrück gezogen – seinen „Kunden" falsche Ausweise und Visa besorgt haben.

Im spektakulärsten Fall, der die Ermittlungen auch maßgeblich ins Rollen gebracht hatte, stellte der 24-Jährige seine Rolle allerdings kleiner dar als die Staatsanwaltschaft: Dabei ging es um eine zehnköpfige syrische Familie, die von der libanesischen Hauptstadt Beirut aus nach Deutschland wollte. „Das hat ein Kontaktmann in Beirut organisiert, ich habe nur geholfen, die falschen Visa besorgt", erklärt er. Die Familie strandete wie berichtet auf dem Flughafen von Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malaysias. Wieso der Umweg? „Der Organisator aus Beirut meinte, dort wären die Kontrollen nicht so scharf."

Womit er sich täuschte. Die malaysischen Behörden bemerkten die gefälschten Visa und ließen die Syrer nicht ausreisen. Sie blieben auf ihren Tickets nach Paris sitzen. Der verzweifelte Familienvater, der mehrere zehntausend Euro für die Flucht bezahlt hatte, schilderte den Fall daraufhin in der deutschen Botschaft. Seine Aussagen bedeuteten für die Ermittlungen gegen den Osnabrücker einen Durchbruch.

Wie viel Geld floss, bleibt offen

Der war zusammen mit seinem angeblichen libanesischen Auftraggeber sogar nach Kuala Lumpur gereist, um den dort wartenden Syrern die Visa in die Pässe zu kleben. „Warum flogen Sie denn zu zweit, das ist doch sehr aufwändig?", wollte der Vorsitzende wissen. „Weil der Libanese das so wollte", antwortete der Angeklagte. Der syrische Familienvater schildert die Rollenverteilung anders: Er will dem 24-Jährigen 14.000 Dollar übergeben haben – was der bestreitet: „Ich habe

von ihm nichts bekommen, nur von meinem Auftraggeber aus Beirut. Der Syrer war nicht mein Kunde." Er gab allerdings zu: „Die anderen Fälle, das waren meine Kunden."

In einem anderen Fall wollte er Libanesen über Nepal und Abu Dhabi nach Europa fliegen lassen – auch hier in der Hoffnung, den jeweiligen Behörden falsche Visa unterjubeln zu können. Doch auch in Nepal wurden die Fälschungen bemerkt.

48.000 Euro verdient?

Insgesamt soll der Osnabrücker laut Anklage 48.000 Euro mit der Schleuserei verdient haben. Geld, das er nicht mehr hat, wie er versichert. Der 24-Jährige, der nach einer abgebrochenen Metzgerlehre von Gelegenheitsjobs, zuletzt aber meist von Hartz IV lebte, will das Geld zum Teil verspielt und zum Teil für seinen Alltagsbedarf ausgegeben haben. Der Osnabrücker beteuert, seine Aktivitäten täten ihm leid: „Ich hatte die falschen Freunde."

Für weitere Verhandlungstagen sind ursprünglich auch noch Flüchtlinge als Zeugen geladen worden, die mit Hilfe des 24-Jährigen nach Deutschland gelangt sind. Ob sie alle aussagen müssen, ist aber sehr zweifelhaft. Kommt der Deal zustande, würde das das Verfahren erheblich abkürzen und so die Justiz entlasten. So ist bereits jetzt absehbar, dass der ursprünglich auf elf Verhandlungstage angesetzte Prozess deutlich schneller beendet sein wird. Die Plädoyers sind bereits für den kommenden Dienstag geplant, ein Urteil soll entweder am 29. April oder am 3. Mai fallen.

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.